

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 554

Mittwoch, 19. März 2014

21. Jahrgang

Ein Aufruf an die Geschwisterlichkeit aus Anlass des Internationalen Frauentages

Von Susan Gómez (analistasindependientes.org)

*... "Wie konnten sie, unsere einstigen Grossväter
es in so delikater Weise schildern?
Wie konnten sie, diese Haudegen,
die mit sauberen Händen gegen die Bestien kämpften,
Figuren erschaffen von solcher Grazie?
Wie konnten sie diese flatterhaften Linien zeichnen,
die dem Stein entschwinden und in die Luft schweben?
Wie konnten sie das...?
Oder waren es die Grossmütter?"*

Es reicht nicht aus, einen Tag zu bestimmen, um an einen Kampf zu erinnern, wenn dieser Tag um Tag durch die Folgeerscheinungen einer patriarchalen und frauenfeindlichen Kultur, in der wir leben, zunichte gemacht wird. Es reicht nicht aus zu sagen: „Froher Frauentag“, wenn es auf den Straßen so viele arbeitslose Frauen gibt, in den Häusern so viele misshandelte Frauen, in den „Kommunikations“medien so viele Frauen, die als Sexobjekte dargestellt werden. Und selbst wenn die Frauen sich in der Arbeitswelt behaupten, so ist es bekannt, dass sie weniger Geld als die Männer verdienen. Und schliesslich gibt es so viele Frauen, deren Stimme nicht gehört wird aufgrund von Angst und Unterdrückung. Sie wollen uns glauben machen, dass die Frauen mit dem Etikett „Hausfrau“ geboren werden, mit einer ganz bestimmten Rolle im Leben, die uns zur Ehefrau und Mutter macht, die unsere eigenen persönlichen Wünsche hinten anstellen. Das erzeugt Frustration. Damit soll nicht gesagt werden, dass die Ehe oder die Mutterschaft negativ sind, sondern dass beides eben Optionen sind, also weder unhinterfragbar noch verpflichtend sind.

In der offiziellen Geschichte wird versucht, uns glauben zu machen, dass die großen Führer nur Männer waren und daher sollten wir uns folgende Fragen stellen: Wo bleiben die Namen der Frauen, die sich in den verschiedenen Bereichen verdient gemacht haben? Warum enthalten die meisten Buchempfehlungen in den Akademien Bücher von männlichen Autoren? Es scheint so zu sein, dass die Frauen aus dem Leben und der Geschichte gestrichen worden sind. Aber trotz all dieser Widrigkeiten, wie

Inhaltsverzeichnis

Ein Aufruf an die Geschwisterlichkeit aus Anlass des Internationalen Frauentages.....	1
Nachtrag zum Internationalen Frauentag.....	2
Wenn eine Frau sagt: „Jetzt reicht’s!“ und Anzeige erstattet.....	4
BäuerInnen fordern Annullierung des Dekrets 145-2013.....	4
Studie über Bergwerke in Guatemala: Wirklichkeit und Herausforderungen. .	5
Mitglieder der Obersten Wahlkommission TSE gewählt	5
Krisenmanagement mit UnternehmerInnen.....	6
Bewerbungsschluss: 26.03.: Koordinator/in von ACOGUATE gesucht!.....	7

auch in einigen Studien dargestellt und statistisch belegt, in welchen Ländern es besonders schwierig ist, eine Frau zu sein, ist es wichtig, wahrzunehmen, dass viele Frauen sich organisieren und ihren Kampf um ihre Rechte fortsetzen, für eine Bestrafung jener, die Gewalt gegen Frauen anwenden, für das Recht auf reproduktive Gesundheit und für eine Öffnung des öffentlichen und politischen Bereichs.

In Bezug auf den letzten Aspekt kann man sagen, dass in einigen Ländern Frauen an der Spitze stehen, allerdings im Fall Guatemala sind die meisten Abgeordneten und die meisten politischen Akteure Männer.

In der aktuellen Legislaturperiode lässt sich ein Klima der Gewalt beobachten, insbesondere in Bezug auf Frauen, und dass trotz des Gesetzes gegen den Femizid weiterhin viele Frauenmorde unbestraft bleiben.

Deshalb ist es so notwendig, dass jene Stimmen endlich gehört werden, die diese Ungerechtigkeiten der tödlichen Gewalt gegen Frauen, die innerfamiliäre Gewalt, die Frauenfeindlichkeit anprangern. Eine Stimme, die jene Stimmen wiedergibt, die verschwiegen blieben, weil sie Angst hatten zu reden und die Täter anzuklagen. Es muss die Stimme genau jener Frauen sein, die selbst kämpfen und fähig sind, sich der gegenwärtigen Realität entgegenzustellen – trotz aller Diskriminierung als Objekt-Subjekt. In dieser Stimme muss jene der Frauenbewegung in Guatemala zu hören sein, die mit grossem Engagement leichte Veränderungen erreicht hat. Obwohl diese aufgrund des fehlenden politischen Willens und des Machismus nicht an den Strukturen ansetzen konnten, sind es Erfolge, die sich steigern können, wenn die Frauen sich weiterhin organisieren und all jene repräsentieren, die Teil der guatemalteckischen Gesellschaft sind.

Aus diesem Grund ist es lebensnotwendig, ein Aufruf an die Geschwisterlichkeit zu machen, an die Solidarität unter den Frauen, damit sie gemeinsam ein Land aufbauen, das wirklich inklusiv ist, in dem „Frau sein“ im Hinblick auf die Gleichheit der Rechte und Bedingungen nicht anders ist als „Mann sein“. Ein Land, in dem Frau sein nicht als Synonym für weniger wert oder schwach angesehen wird, sondern dass Frauen wie Männer als menschliche Wesen mit gleichen Möglichkeiten angesehen werden.

Auch wenn es ein schwerer Weg ist, ist es wichtig, damit zu beginnen, diese Gleichheit zwischen Frauen und Männern herzustellen, in der Erziehung zu Hause, in der Schule, in den verschiedenen Orten der Sozialisation – ohne sexistische Anspielungen und machistische Witzchen und ohne Beleidigungen.

Der Weg ist weit, aber wenn die Frauen einig sind, können sie wichtige Initiativen starten und dabei sollten sie auch die Männer mit einbeziehen, damit sich diese aus ihrer traditionellen Rolle verabschieden und sie sich auf die Suche nach neuen Formen der Maskulinität machen können.

(<http://www.analistasindependientes.org/2014/03/un-llamado-la-sororidad-en-el-marco-del.html>)

Nachtrag zum Internationalen Frauentag

Guatemala, 07. März. Minderjährige Schwangere

Als Nachtrag zum Internationalen Frauentag möchten wir ein paar „Neuigkeiten“ diesbezüglich in Guatemala erwähnen. So könnte man zum Beispiel mit der Frage beginnen, ab welchem Zeitpunkt ein Mädchen überhaupt als Frau gesehen wird. Wenn es Mutter wird? Ode schon vorher? Und wie schützt die Regierung die Rechte der Minderjährigen? Die guatemalteckische Regierung gab jedenfalls rechtzeitig zum Frauentag die aktuellen Zahlen und Statistiken über minderjährige Schwangere bekannt. Der Gesundheitsminister Jorge Villavicencio erklärte, dass dieses Jahr 160 schwangere Mädchen unter 14 Jahren registriert wurden. Zumindest sind das die bekannten Fälle, denn hier wurde Anzeige wegen Vergewaltigung gestellt. Der Gesundheitsminister gab auch ff. Zahlen von sich: die Statistik spricht von 5'160 Schwangerschaften bei unter 17-jährigen, doch gleichzeitig sank die Rate von minderjährigen Schwangeren zwischen 2012 und 2013 um 3,7 Prozent. Beim gleichen Anlass gab der Gesundheitsminister bekannt, dass in den nächsten drei Monaten mit einem Ausbildungsprogramm für Hebammen begonnen werde.

Selbst Staatspräsident Pérez Molina gab zu, dass „noch viel fehle“ zur Verwirklichung der Frauenrechte, aber dass grosse Anstrengungen unternommen würden, um die Frauenrechte zu garantieren und zu erreichen, dass Frauen eine wichtige Rolle innerhalb der Gesellschaft und in öffentlichen Positionen einnehmen.

Rosa Leal de Pérez, Ehefrau des Präsidenten meinte dazu, dass die Frauen jeden Tag gefeiert werden müssten. „Die Männer müssen verstehen, dass die Frau etwas Einzigartiges ist, die man mit viel Zärtlichkeit und Liebe behandeln muss“, verteidigt die erste Dame die traditionellen Geschlechterrollen. (SV)

Guatemala, 12. März. Die Rechte inhaftierter Frauen und ihrer Kinder

Auch der Direktor des Strafvollzugssystem, Édgar Camargo, wusste etwas zum Thema Frauentag zu sagen: „Von den 1'544 Frauen im Gefängnis entschieden sich 90 Prozent dafür, zu arbeiten. Wir unterstützen diese Möglichkeit und wollen, dass weitere Frauen davon profitieren können, da der Lohn den Familien zugeschickt werden.“

Wie er am 12. März ein Artikel der Acción Ciudadana schrieb, sieht die Situation der Frauen im Gefängnis aber doch nicht so rosig aus, vor allem die Rechte ihrer Kinder werden vom Staat nicht geschützt. Das ergab eine Studie vom Kollektiv Casa Artesana. Sie sprachen mit 915 inhaftierten Frauen, die Mütter sind - von insgesamt 2'136 Kindern. Von diesen Kindern leben ungefähr acht Prozent in den Gefängnissen, 89% bei Familienangehörigen und ein Prozent bei Freunden. Eine nicht unwesentliche Anzahl dieser Kinder sind nicht einmal beim Einwohnermeldeamt (Renap) registriert, was ihr Recht auf Identität beschneidet. Diejenigen, die nicht im Gefängnis wohnen, sind ständigem sozialen Druck ausgesetzt, leiden unter Mobbing, psychosozialen Schäden und verlieren oft ihren Familienanschluss. Von denen, die innerhalb der Mauern leben, kennen 28 Prozent ihren Vater nicht, da sie schon seit ihrer Geburt im Gefängnis wohnen.

Der Bericht wurde Jazmín gewidmet. Die 15-jährige, die bei Familienangehörigen und Freunden lebte, von dort abhauete, um in der Nähe des Gefängnisses ihrer Mutter zu wohnen, wurde am 26. April 2013 durch drei Schüsse in den Kopf getötet. Sie wurde von Gangstern dazu gezwungen, Geld von Erpressungen zu überbringen.

Guatemala, 20 Feb. Gewalt gegen Frauen und Rechtssystem

Auch auf anderen Ebenen bleibt dem Staat noch viel Arbeit. Miriam Dominguez von der Abteilung der Verteidigung der Frauenrechte des Menschenrechtsbüros PDH gab bekannt, dass der Teil des Justizsystem, der sich auf Delikte gegenüber Frauen, wie z.B. Feminizid oder andere Gewaltakte, spezialisiert hat, kurz vor dem Kollaps stehe. Dies läge an der ungeheuren Anzahl von Anzeigen, die dieses spezielle Gericht seit seiner Gründung im Jahr 2008 erhalten habe. Bemerkenswert dabei sei, dass der Schritt zur Anzeige, vor allem bei Fällen von Gewalt gegen Frauen, in den letzten Jahren stark zu genommen habe. Die Staatsanwaltschaft habe im Jahr 2013 knapp 50'000 diesbezügliche Anzeigen erhalten; in den vorangegangenen Jahren seien ähnliche Zahlen erreicht worden. Aber nur 3'278 Fälle schafften es vor Gericht. Grund für die niedrigen Zahlen, so Dominguez, sei der fehlende Ausbau dieser spezialisierten juristischen Institution, die auch psychologischen Beistand für die Opfer genderorientierter Gewalt anbietet. Und das scheitere letztendlich an dem geringen Budget des Gerichts.

Auf lateinamerikanischer Ebene bleiben 90% der Anzeigen von Gewalt gegen Frauen straffrei, aus Angst vor Konsequenzen wird von Anzeigen oft abgesehen. Die Inneramerikanische Entwicklungsbank schätzt, dass die durch chauvinistische Gewalt verursachten Kosten sich auf 15 Milliarden Dollar belaufen. Das entspricht in etwa zwei Prozent des regionalen Bruttoinlandsprodukts. (AC)

Guatemala, 21. Feb. Menschenhandel

Ein weiteres wachsendes strukturelles Problem, was die Rechte vieler Menschen, allerdings aber zu einem grossen Prozentsatz die der Frauen betrifft, ist der Menschenhandel und die damit verbundene Zwangsprostitution. Die Staatsanwaltschaft verzeichnete 344 Anzeigen deswegen im letzten Jahr. Das sind 75 Prozent mehr als noch 2012. Der Bericht über die Situation des Menschenhandels 2013 der PDH schätzt, dass 17'000 Opfer in den illegalen Netzen des Menschenhandels gefangen sind. Was bedeutet, dass nur in zwei Prozent der Fälle ermittelt wird. 30 Prozent der Opfer des Menschenhandels sind Kinder, die restlichen 70 Prozent der Anzeigen betrafen Frauen. Bezüglich Männern als Opfer von Menschenhandel existieren keinerlei Anzeigen, was aber nicht bedeutet, dass es diesen nicht gibt. Und von den zwei Prozent angezeigten Fällen landeten letztendlich nur sieben Prozent vor Gericht

Das Problem liegt unter anderem auch darin, dass die guatemalteckischen Gesetze es möglich machen, dass sich diese Art von Delikten häufen können. Heirat und sexuelle Beziehungen mit 15 jährigen Mädchen sind per Gesetz erlaubt. Dies, so María Machicado von UN Women Guatemala, zeige, dass der Staat Menschen unter 18 Jahren keinen ausreichenden Schutz gewähre. Auch stelle es einen ersten Schritt der Herabwürdigung der Frauen dar und erleichtere die Bedingungen für die Entstehung von Menschenhandel, so Machicado. Dahinter stehen meistens die Eltern, Brüder, Onkel, Freunde, NachbarInnen der Opfer, die Teil dieser kriminellen Netzwerke sind. Ganz normale BürgerInnen und keine Monster sozusagen. Der Bericht der PDH informiert darüber, dass 67% der Anzeigen wegen sexueller kommerzieller Ausbeutung gestellt werden, 10% aufgrund erzwungener Prostitution, vier Prozent wegen Zwangsheirat und drei Prozent wegen Sextourismus. (SV)

Wenn eine Frau sagt: „Jetzt reicht’s!“ und Anzeige erstattet

Guatemala-Stadt, 9. März - Überleben, ihre Kinder schützen, verletzter Stolz, das sind die Gründe, die Frauen, die Opfer von innerfamiliärer Gewalt geworden sind, bewegen, Hilfe zu suchen und ihre Angreifer bei der Staatsanwaltschaft (MP) anzuzeigen. Das erklärte das Nationale Institut für Forensische Wissenschaften (Inacif). Deren Kliniken versorgen jeden Tag zwischen zwei und 20 Opfer mit dem Ziel, bei den eröffneten Fällen zu helfen, sagt Silvia Ocampo, Psychologin von Inacif. Nachdem sie gegen den Aggressor ausgesagt haben, beginne das weitere Vorgehen und sie mache eine klinisches Gespräch, das erhellen solle, was geschehen ist.

Ocampo erzählt die Geschichte von der 15-jährigen Teresa und der 26-jährigen Alma, zwei, die von ihren Männern angegriffen und vergewaltigt worden sind. Als die Psychologin ihnen zuhörte, bekam sie eine Gänsehaut. „Die zwei erlitten Missbräuche von Männern, denen sie vertrauten. Und diese griffen sie brutal an – körperlich, emotional und auch finanziell.“ Die Jugendliche wuchs bei einer gewalttätigen Grossmutter auf, nachdem ihre Mutter sie nach der Geburt verlassen hatte. Die Grossmutter hatte sie misshandelt und geschlagen, daher floh Teresa von zu Hause mit ihrem 23-jährigen Freund. Im Haus des Freundes fand sie jedoch nicht das, was sie suchte: Harmonie und Zärtlichkeit. Er verbot ihr, das Haus zu verlassen, schlug sie bei jeder Kleinigkeit, oft sogar im Beisein seiner Mutter, die im Haus wohnte. Kurz vor Weihnachten nahm die Schwiegermutter Teresa mit, um Kleidung zu kaufen, was den Zorn des Ehemannes auslöste. Er begann sie tagelang zu foltern und zu vergewaltigen. Er brachte ihr Brandwunden bei, demütigte sie und machte noch mehr unglaubliche Dinge mit ihr. Zu Beginn des neuen Jahres fasste Teresa Mut und entschied, vor dem Aggressor zu fliehen und ihr Leben zu retten. Sie lief fort und bat um Hilfe, aber sie hatte nicht den Mut, all das zu sagen, was sie erlitten hatte, sondern sie sagte, dass sie überfallen worden wäre. Eine Tante kam ihr zu Hilfe und begleitete sie zur Staatsanwaltschaft, um Anzeige zu erstatten. Heute lebt das Mädchen irgendwo in der Provinz. In diesem Fall erarbeitete Inacif ein kriminelles Profil des Täters.

Im Gegensatz zu Teresa hatte Alma alles. Liebevoller Eltern, die gewillt waren, die Wünsche ihrer Tochter zu erfüllen, eine berufliche Karriere, ein eigenes Auto und eine gute Arbeit. Im Büro lernte sie einen geschiedenen Mann von 35 Jahren kennen, in den sie sich verliebte. Am Anfang behandelte er sie mit grosser Zärtlichkeit, aber irgendwann begann er, sie um Geld zu bitten, angeblich, um seine Kinder zu unterstützen. Sie half ihm und versuchte zu verstehen, was da geschah – bis zu dem Moment, an dem er sie zwang, ihm Geld zu geben. Sie musste ihm jeden Monat Geld geben und ihm alles kaufen, was er wollte. Er verkaufte ihren Wagen, um seine Schulden zu zahlen. Er bedrohte sie und tätigte sexuelle Übergriffe, damit sie ihm gehorchte. Doch es blieb nicht dabei, dass er Alma finanziell ausnutzt. Eines Tages ging er zu ihren Eltern (Besitzer einer Bäckerei) und bat sie, dass sie ihm die Geräte vermieten, die sie nicht benützten, um selbst eine Bäckerei aufzumachen. Doch, statt dieses Geschäft zu eröffnen, verkaufte er die Ausstattung, Backofen und Mischgeräte, die Almas Eltern ihm geliehen hatten. Alma wusste nicht, was die tun sollte, bis eine Freundin ihr einige Fotos zeigte, die ihren Mann mit einer anderen Frau zeigte. Er heiratete eine andere Frau. Alma konnte es nicht glauben, dass er sich herausputzte für die Hochzeit mit dem Anzug und der Krawatte, den Schuhen, Socken und der Uhr, mit all dem, was sie für ihn gekauft hatte. Alma zeigte ihn am 1. Januar an wegen Betrug und Gewalt gegen die Frau. Gebiet geben soll. (EP)

BäuerInnen fordern Annullierung des Dekrets 145-2013

Guatemala, 6. März. Anfang März organisierten sich BäuerInnenorganisationen in der Hauptstadt und demonstrierten gegen den Erlass 145-2013. Sie forderten dessen Rücknahme durch das Verfassungsgericht. Dieses Dekret erklärt den Ausbau des nationalen Stromnetzes und die nationale Stromerzeugung als eine Aufgabe nationaler Notwendigkeit und Dringlichkeit. Das erleichtert ungemein die Vergabe von Erkundungs- und Baulizenzen für Staudämme aber auch für Bergwerke. Es wird ausserdem eindeutig im Regierungsabkommen detailliert, dass der Ausbau in Zusammenarbeit mit Privatinvestoren von statten gehen soll.

Santos Chic von der Nationalen Koordination der BäuerInnenorganisationen (CNOC) erklärte, dass dieses Abkommen ausschliesslich den internationalen Firmen zu Gute käme. Die Strommasten, die in den von vornehmlich indigenen BäuerInnen bewohnten Gebieten errichtet werden, dienen dazu, die in Guatemala erzeugte Energie in andere Länder zu exportieren. Dabei werden Grundstücke von Gemeinden genutzt, ohne vorher die BewohnerInnen zu informieren und zu befragen. Allerdings geschehe dies mit Zustimmung der Regierung.

„Im Namen des wirtschaftlichen Fortschritts werden Lizenzen für Staudämme und Bergwerke vergeben, die die Bodenschätze des Landes rauben“, so Chic. Das Problem dabei sei, dass dies oft ohne Information oder Zustimmung der Bevölkerung geschehe, die aber direkt von diesen Projekten betroffen sei. Die Gewinne gingen zu einem grossen Teil ins Ausland oder an die führende Schicht des Landes. Die Bevölkerung müsse mit den Umweltschäden zurechtkommen, mit der Zerstörung ihres sozialen Netzwerks und familiärer Bindungen aufgrund der Spaltung der Gemeinden. Einige Personen würden von den Unternehmen angestellt, während andere dagegen protestieren. Das führe oft zu Konflikten und Gewalt, was sehr gut dafür genutzt werde, die Proteste zu kriminalisieren. Chic sagte desweiteren, dass die Energieversorgung in den Gemeinden selbst unzureichend sei, der Strom oft ausfalle und die Strompreise ausserdem überhöht seien. Der Strom aber müsse für die gesamte Bevölkerung da sein und unter staatlicher Kontrolle stehen und nicht von Privatfirmen gemanagt werden, lauten die Forderungen der DemonstrantInnen.

Ramón Cadena, Mitglied der Internationalen Kommission der Juristen (CIJ), sagte, dass der Präsident Otto Pérez nicht das Recht besitze, ein derartiges Gesetz zu erlassen und schon gar nicht auf dem Niveau „nationaler Dringlichkeit“. Dies stehe dem Abgeordnetenkongress zu. Cadena zeigte ebenfalls die Verletzung des Rechts auf Eigentum und Volksbefragung an. (Cerigua)

Studie über Bergwerke in Guatemala: Wirklichkeit und Herausforderungen

Guatemala, 13. März. Die vorher genannten Forderungen der BäuerInnenbewegungen wurden kurz darauf von der Veröffentlichung einer Studie – *Bergwerke in Guatemala: Wirklichkeit und Herausforderungen* – unterstrichen. Diese Studie des Zentralamerikanischen Instituts für Steuerstudien (ICEFI) ergab, dass in Guatemala 605 Anträge auf Bergbaulizenzen gestellt wurden. Weiterhin steht geschrieben, dass im Jahr 2013 75 Erkundungslizenzen und 32 Abbaulizenzen für Erzabbau vergeben wurden. Von den bisher gültigen Lizenzen, insgesamt 282, sind 29% für Abbau von Erzen ausgeschrieben. Bei den neu beantragten Lizenzen stellt der Anteil von Abbau metallischer Mineralien schon 75 Prozent der Gesamtlicenzanträge dar, also mehr als doppelt so viel.

Der Bericht geht des Weiteren auf das Konfliktpotential der Bergwerksaktivität in Guatemala ein. Zum einen werden dadurch Gemeinden gespalten und soziale Proteste stigmatisiert und kriminalisiert. Zum anderen verschlimmern sich die Umweltprobleme, wie die Verschmutzung von Wasserquellen und Abholzung. Auch das Übereinkommen 169 der ILO, welches das Recht auf Information und Abstimmung sowie die Mitbestimmung an den Projekten postuliert, wird nicht respektiert. Das Forschungszentrum gab weiterhin an, dass die Bergbauaktivität nur drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Landes ausmacht, die zudem noch aus freiwilligen Abgaben der Unternehmen stammen. Die Einkommen aus diesem Wirtschaftssektor sind also extrem niedrig, so ICEFI. Grund dafür sei die Gesetzgebung, „die nicht ausreichend und unpassend ist“. Daraus folgt, dass die Anfragen nach Dienstleistung, Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und die sozialen Kosten, die der Bau eines Bergwerks mit sich bringt, die finanzielle Kapazität des Staats übersteigt.

Ein Grossteil der Erkundungslizenzen und Abbaulizenzen betreffen die Departments Izabal, San Marcos, Quetzaltenango, Huehuetenango, Alta und Baja Verapaz. Das sind Regionen, in denen hauptsächlich Indigene wohnen. Desweiteren existieren Lizenzen für den Erzabbau in den Departments Guatemala, Santa Rosa, Escuintla, Jutiapa, Jalapa, Chiquimula, Zacapa und El Progreso. (SV)

Mitglieder der Obersten Wahlkommission TSE gewählt

Guatemala Stadt, 11 März - Im letzten Fijate! hatten wir berichtet, dass CICIG die Liste der KandidatInnen für die Oberste Wahlkommission (TSE) gelobt hatte. Nun hat der Kongress die zehn Mitglieder gewählt, fünf ordentliche Mitglieder und fünf StellvertreterInnen.

Es handelt sich um

- Rudy Marlos Pineda, (44) Richter am Berufungsgericht;
- Jorge Mario Valenzuela (48), seit 2007 Richter am Gericht, das für Drogenhandel und Umweltdelikte zuständig ist;
- Julio René Solórzano Barrios (58), Direktor der TSE, seit 30 Jahren dort tätig, Erfahrungen mit Wahlprozessen in den USA, Honduras, El Salvador, Argentinien, Spanien etc.;

- Maria Eugenia Mangos (67), Anwältin, Direktorin des Nationalen Frauenbüros der Regierung anno 1991/92, Direktorin von UNDP und Dozentin an der Universität Rafael Landivar;
- Mario Ismael Águilar Elizardi (61), Anwalt und Notar, Rechtsbeistand für verschiedene Privatunternehmen.

StellvertreterInnen:

- José Linares Morales, aktuell Beisitzer der ersten Zivilkammer; 1989/90 Vizeminister für Arbeit und Soziales;
- Ana Elly López Oliva (55), Anwältin in der Privatwirtschaft, Dozentin an der Universität Rafael Landivar, 1990-2007 Mitglied der Wahlkommission im Department Guatemala;
- Oscar Emilio Sequén Jocogo (61), seit 1983 Anwalt, u.a. für indigene Organisationen, er war 2008-2012 auch Berater der PDH, Dozent der Universität San Carlos und Assessor im Ministerium für Kultur und Sport;
- Estuardo Gamalero Cordero (44), Assessor der Industrie- und Handelskammer, zuvor beim CACIF, war Direktor der Nationalen Kredit- und Hypothekenbank;
- Ángel Eleázar López Rodríguez (58), aktuell Assessor des Forensischen Instituts INACIF, zuvor Richter.

Das Monitoring-Team der indigenen Völker (OPI) und das Nationale Netzwerk der Maya-Jugendorganisationen monierte, dass der Jurist Sequén, der einzige Vertreter der indigenen Bevölkerung, zwischendurch nicht mehr gelistet war. Die beiden Organisationen kritisierten dies als Diskriminierung und Exklusion. Bis zum 6. März sei er auf der Liste gewesen, wurde jedoch dann ausgetauscht. Wie auch Linares ist er aber nun als Stellvertreter gelistet.

Zugleich lassen die gewählten VertreterInnen enge Beziehungen zu den Parteien und der Wirtschaftselite erkennen. Wenn diese Leute tatsächlich nominiert würden, wäre das ein Rückschlag für die Transparenz und die demokratische Struktur der Wahlen 2015", sagte Mario Itzep vom Indigenen Monitoring-Team. Im vorherigen TSE-Vorstand hat es stets eine/n VertreterIn der indigenen Völker gegeben. Und nun nicht mehr.

Zudem habe es ursprünglich nur drei, inzwischen sogar nur noch zwei Frauen in dem Gremium gegeben, was viel zu wenig sei. (Eine Frau, Vilma Tatiana Cabrera, war aus formalen Gründen von der Liste gestrichen worden.)

Der Fraktionschef der PP, José Porras sagte, dass er die Bedenken von Itzep verstehen könne. Ihre Vorschläge seien in den Fraktionen des Kongresses aber nicht konsensfähig gewesen. Entscheidendes Kriterium sei die Qualifikation gewesen. Andere Kongressabgeordnete widersprechen, etwa Marelos Fuentes von Guatemala Visible, die meinte, dass die Mehrheit im Kongress die Arbeit der Berufungskommission weitgehend ignoriert habe. Auch Nineth Montenegro von Encuentro por Guatemala und Walter Felix von der URNG kritisierten die Liste der Ausgewählten. So warf Felix der TSE vor, über zwei Jahre lang verhindert zu haben, dass er als Abgeordneter für Huehuetenango im Kongress wirken konnte. (PL)

Krisenmanagement mit UnternehmerInnen

Guatemala Stadt, 6. März - Es ist nicht neu, dass die guatemaltekeische Politik eng verbandelt ist mit den Wirtschaftseliten. Nun aber hat Präsident Otto Pérez Molina es Schwarz auf Weiss dokumentiert, dass die Interessen von Unternehmen im Zweifelsfall doch wichtiger sind als die anderer Sektoren der Gesellschaft. So könnte man zumindest die Einrichtung des Krisenkomitees, das der Generalsekretär des Präsidialamtes, Gustavo Martínez verkündete, interpretieren. Dieses neue Komitee soll den Präsidenten in Situationen beraten, die wichtige gesellschaftliche Probleme betreffen und krisenhaft werden könnten. In dem Gremium sitzt neben Martínez für das Präsidialamt der Innenminister, Mauricio López Bonilla und je ein Vertreter von CACIF (Ignacio Lejárraga), des Finanzsektors (Armando Boesche), der Zuckerindustrie (Guillermo González), des Handels. Auch der Exekutivdirektor von CACIF, Roberto Ardón sitzt in diesem Gremium. Das Komitee soll die Themen des Landes, den Bergbau, die Wasserkraft, die Sicherheit der BürgerInnen, soziale, wirtschaftliche und kommunale Themen behandeln, also genau jene, die das Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) als Konfliktpole ansieht. Die PDH hatte eine Karte der Konfliktpole aufgestellt. Allein 17 wurden im Norden Huehuetenangos ausgemacht, allesamt die Regionen, in denen es um Bergbau, Wasserkraftwerke etc. geht.

Es gebe viele Themen, deren Bearbeitung Zeit brauche, aber dazu dienen müssten, Konflikte zu verhindern. Die notwendigen Entscheidungen seien miteinander verknüpft. Die Diskussionen in dem Gremium sollten zu direkten Vorschlägen für den Präsidenten führen, sagt Martínez. Beim ersten Treffen im Präsidentenpalast wurde ein Arbeitsplan beschlossen. Die Integration weiterer Sektoren sei bisher nicht vorgesehen.

Genau diesen Umstand kritisiert Edmundo Urrutia von der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLACSO). Die Regierung begehe einen Fehler, wenn sie nicht auch andere Sektoren in derartigen Gremien integriere. Wie solle dieses Gremium die Realität interpretieren und die Krisen anpacken, wenn nicht verschiedene Sichtweisen angehört werden?

Bewerbungsschluss 26.03.: Koordinator/in von ACOGUATE gesucht!

Guatemala-Stadt, 16. März - Das Projekt der internationalen Begleitung in Guatemala ACOGUATE sucht eine/n neue/n Koordinator/in. Arbeitsplatz ist Guatemala Stadt. ACOGUATE ist ein Zusammenschluss von 11 Organisationen aus 12 europäischen und nordamerikanischen Ländern, die momentan MenschenrechtsverteidigerInnen begleiten, die in den drei Themenbereichen „Gerechtigkeit und Kampf gegen Straffreiheit“, „Verteidigung der Territorien und natürlichen Ressourcen“ und „ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte“ aktiv sind. Das Mandat von ACOGUATE ist es „eine internationale Begleitung für jene Personen und sozialen Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen anzubieten, die aufgrund ihres Engagements für den Aufbau einer demokratischen, multi-ethnischen, pluri-kulturellen, sozio-ökonomisch gerecht organisierten und Menschenrechte achtenden Gesellschaft bedroht und verfolgt werden. Die Begleitung darf nicht mit illegalen Aktivitäten oder Gewalttaten verbunden sein. Wichtig sind: Nichteinmischung in interne Angelegenheiten, keine Einmischung in Konfliktsituationen und Unparteilichkeit.“

Der/die Koordinator/in hat folgende Aufgaben

- Strategische Analyse und Überwachung der Umsetzung Arbeitspläne und politischen Projekte (z.B. Genderpolitik)
 - Planung, Überwachung und Umsetzung der Haushaltspläne (inkl. Erhebung von Geldern, Buchhaltung und Begleitung von Rechnungen),
 - als Verbindungsperson zwischen den beteiligten Organisationen dienen,
 - logistische Planung des Projektes (Ankunft der Freiwilligen, Jahresplanungen etc.)
- Zugleich nimmt die/der Koordinator/in als Mitglied der Koordinationsgruppe des Projektes an folgenden Bereichen teil:

- Training, Supervision und Beratung der Freiwilligen,
- politische Begleitung, Verhandlungen mit Autoritäten und dem diplomatischen Corps,
- Öffentlichkeitsarbeit und Verfassung von Artikeln
- sonstige Arbeiten für das Projekt: Moderation und Teilhabe an den Entscheidungsprozessen, Er- und Überarbeitung von Handbüchern

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. Vier Wochen Urlaub im Jahr. Der Vertrag gilt für zwei Jahre (ist verlängerbar) und es gibt eine zweimonatige Probezeit. Es wird auch eine Fortbildungsperiode von sechs Wochen geben. Dienstbeginn ist April 2014.

Bewerbungsverfahren

- - Schreiben eines Briefes, in dem die Motivation dargestellt, der Lebenslauf und drei Referenzen enthalten sind an acoguate@riseup.net und acoguatecoord@gmail.com. Bis spätestens 26. März, 23.59 (guatemaltekesischer Zeit).
- Im Betreff sollte stehen „COORDINADOR/A GENERAL“, Name und Vornamen. Bitte betitelt die Dokumente (pdf, doc) mit Namen/Vornamen. Wir werden den ausgewählten Personen antworten, um eine schriftliche Probe zu erhalten, als Vorphase zu einem möglichen Bewerbungsgespräch.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6